

Kampf um die Republik(en)

Sprachgebrauch in der Berichterstattung über die Münchener Räterepublik

Jan Neuschäfer
Universität Bielefeld

Einleitung

Mit Sprache wird gemeinhin nicht bloß über die Welt gesprochen, sondern diese gleichwohl mitgestaltet; sie ist immer auch Ausdruck unterschiedlicher Wahrnehmungen und Interpretationen von sozialen und politischen Problemlagen. Der jeweilige Sprachgebrauch impliziert dabei positive, neutrale und negative Rezeption von Ereignissen. (Vermeintliche) Tatsachen erscheinen und entstehen somit immer in erster Linie sprachvermittelt.¹ Insofern ist Sprache nicht bloß „Medium oder Erfassung von Wirklichkeit, sondern [...] Mittel zur Konstituierung von Wirklichkeit“.²

Öffentliche Debatten und Diskurse sind somit immer auch semantische Kämpfe, also Auseinandersetzungen um Bezeichnungen und Bedeutungszuschreibungen. Damit spiegelt Sprache die Heterogenität gesellschaftlicher Gruppen und Akteure wider, deren unterschiedliche Sicht auf die Welt mittels verschiedenen Sprachgebrauchs zum Ausdruck kommt.³

Die vorliegende Studie befasst sich thematisch mit dem Sprachgebrauch in der Berichterstattung über die Münchener Räterepublik⁴ von 1919. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie die Ereignisse im Verlauf der Räterepublik in der öffentlichen Berichterstattung wahrgenommen, rezipiert und bewertet wurden. Somit folgt die Arbeit dem

¹ Vgl. Stötzel 1982, 139f.

² Spitzmüller und Warneke 2011, 44.

³ Vgl. Eitz und Engelhardt 2015 (Band 1), 1f.

⁴ Der in der Forschung meistgenutzte Begriff der Münchener Räterepublik ist irritierend, da sich die Ereignisse im Frühjahr 1919 nicht nur auf die bayerische Hauptstadt beschränkten, sondern sich weite Teile Bayerns der Räterepublik anschlossen. Die Zentren der Räterepublik waren dabei neben München vor allem Augsburg und Rosenheim.

Anspruch der neueren politischen Kulturgeschichte, die Historizität der Zeitgenossen und deren Mentalitätsstrukturen und Deutungsmuster in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses zu stellen.⁵

Die Münchner Räterepublik lässt sich in der Eskalation der Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung Deutschlands als parlamentarische oder Rätedemokratie situieren, die in jüngerer Vergangenheit etwa von Robert Gerwarth oder Mark Jones in ihren Studien zum Beginn der Weimarer Republik erhellt wurde.⁶ Als Zugang zu Diskursen und Mentalitäten und deren semantischen Formen bilden insbesondere Zeitungen mit ihrer Berichterstattung ein reichhaltiges Quellenkorpus, wie Burkhard Asmus in seiner Betrachtung von Legitimation und Akzeptanz der Republik in der Tagespresse von 1918 bis 1923 festhielt.⁷ In der Weimarer Republik erschienen bis zu 4000 Tageszeitungen; ungefähr die Hälfte davon parteipolitisch gebunden.⁸ Besonders die ungebundenen Zeitungen sind bisher jedoch wenig in inhaltliche Untersuchungen eingebunden worden.⁹ Daher wird in dieser Arbeit der Sprachgebrauch in der Berichterstattung über die Münchner Räterepublik vergleichend anhand der Vossischen Zeitung und des Rosenheimer Anzeigers analysiert. Der öffentliche Sprachgebrauch der Zeit kann grundsätzlich als ideologisch aufgeladen, umkämpft und emotional charakterisiert werden.¹⁰ Nach Bernhard Fulda lässt sich sagen, dass „die politische Tagespresse den Meinungskampf deutlich intensiver austrug als das Parlament selber.“¹¹ Die Auseinandersetzung der Befürworter beider Demokratiemodelle dürfte sich daher auch in der Berichterstattung über die Münchner Räterepublik niederschlagen.

Methodisch orientiert sich die Arbeit an bewährten Kategorien diskurslinguistischer Analysen der „Düsseldorfer Schule“.¹² Die Berichterstattung wird somit hinsichtlich semantischer Kämpfe, ideologischer Polysemien, Schlüssel- und Schlagwörter bzw. Fahnen- und Stigmavokabeln, Metaphern, realistischer Diktionen, Thematisierungen von Sprache, Antithesen, Argumentationstopoi und Parolen bzw. Slogans untersucht.¹³ Dabei wird davon ausgegangen, dass der Diskurs über die richtige Ordnung insbesondere auch ein Diskurs der Sicherheit bzw. Versicherheitlichung gewesen ist. Sicherheit meint hier gemäß

⁵ Programmatisch dazu Mergel 2012; einen Eindruck der vielfältigen Forschungsmöglichkeiten bieten exemplarisch Hardtwig 2007 und Doering-Manteuffel 2019.

⁶ Vgl. Gerwarth 1918 und Jones 2017.

⁷ Vgl. Asmus 1994, 13–17.

⁸ Vgl. Eitz 2009, 10.

⁹ Vgl. Dussel 2011, 130.

¹⁰ Vgl. Eitz und Engelhardt 2015 (Band 1), 22.

¹¹ Fulda 2006, 48.

¹² Dazu zählen u.a. „Politische Leitvokabeln der Adenauer-Ära“ (1996) von Karin Böke, Frank Liedtke und Martin Wengeler, „Die Sprache des Migrationsdiskurses“ (1997) von Böke, Matthias Jung und Wengeler, „Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse“ (2000) von Jung, Thomas Niehr und Böke oder „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung“ (2 Bände 2007 und 2009) von Eitz und Stötzel. Zur „Düsseldorfer Schule“ siehe Wengeler 2005 und Spitzmüller und Warneke 2011.

¹³ Vgl. Eitz und Engelhardt 2015 (Band 1), 26.

der Kopenhagener Schule „the move that takes politics beyond the established rules of the game and frames the issue either as a special kind of politics or as above politics“¹⁴ und Versicherunglichung demnach eine extreme Form der Politisierung: „[...] the issue is presented as an existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure“¹⁵. Dabei werden Probleme als existenzielle Probleme markiert, die außerordentliche Maßnahmen wie einen Ausnahmezustand rechtfertigen. Die Lösung des Problems habe demnach oberste Priorität und alles andere sei überflüssig, wenn dieses nicht mit allen Mitteln beseitigt werde.

Die beiden für die Untersuchung gewählten Zeitungen ermöglichen einen vergleichenden Blick auf die Berichterstattung außerhalb (Vossische Zeitung, Berlin) und innerhalb (Rosenheimer Anzeiger, Rosenheim) der Räterepublik. Beide sind umfangreich digitalisiert verfügbar.¹⁶ Die Vossische Zeitung war liberalbürgerlich ausgerichtet und trat bereits seit ihrer Gründung im Vormärz für Meinungsfreiheit und Toleranz ein.¹⁷ Entsprechend bekannte sie sich auch schnell zur Republik, um sie „mit allen Mitteln wirksam [zu] fördern und [zu] unterstützen“.¹⁸ Der Rosenheimer Anzeiger wurde ebenfalls Mitte des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen und wurde mit seiner nationalliberalen Ausrichtung während der Weimarer Republik zu einer der auflagenstärksten Zeitungen der bayerischen Provinz.¹⁹ Wie die meisten anderen bayerischen Zeitungen wurde auch diese nach der Proklamation der Räterepublik unter Zensur gestellt und teilweise für Propagandaartikel vereinnahmt.²⁰

Die Auswahl der zu analysierenden Zeitungsausgaben richtet sich dabei nach vier zentralen Ereignissen im Verlauf der Münchner Räterepublik: 1) 06./07.04: Ausrufung der ersten Räterepublik, 2) 13.04.: Palmsonntagsputsch und Proklamation der zweiten Räterepublik, 3) 30.04.: Geiselmord im Luitpold-Gymnasium und 4) 03.05.: Einnahme Münchens durch Regierungstruppen. Für die jeweils unmittelbar auf die Ereignisse erscheinenden Ausgaben der beiden Zeitungen wird der Sprachgebrauch in der Berichterstattung vor dem Hintergrund des oben skizzierten Ordnungs- und Sicherheits-/Versicherunglichungsdiskurses untersucht und verglichen, nachdem zuvor Ursachen und Verlauf der Münchner Räterepublik dargelegt worden sind.

¹⁴ Buzan, Waever und de Wilde 1998, 23.

¹⁵ Ebd., 23f.

¹⁶ Abrufbar unter <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27112366/> (Vossische Zeitung) und <https://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/zeitungen-rosenheim#anzeiger> (Rosenheimer Anzeiger) [Stand: 02.11.2023].

¹⁷ Vgl. Schuberth 2019, 154.

¹⁸ Bernhard 1918, 1.

¹⁹ Vgl. Bayerische Landesbibliothek 2013.

²⁰ Vgl. Seligmann 1989 (Band 1), 351f.

Die Münchner Räterepublik

Die Münchner Räterepublik steht im Kontext der revolutionären Ereignisse 1918/19, die sich auch in Bayern in zwei Phasen unterteilen lassen: Auf die erste Phase mit dem Sturz der Monarchie und der Errichtung einer demokratischen, parlamentarischen Ordnung folgte eine weitere Phase der Radikalisierung und der Errichtung der Räterepublik.²¹

In Folge der Revolution Ende 1918 wurde auch der bayerische Monarch Ludwig III. abgesetzt und der Freistaat Bayern mit Ministerpräsident Kurt Eisner an der Spitze ausgerufen. Über die Ausgestaltung der Republik herrschte wie im gesamten Reich jedoch Uneinigkeit zwischen Befürwortern eines parlamentarischen und eines Rätensystems. Trotz zunehmender Spannungen gelang es, bis zu den Wahlen zur Bayerischen Landesversammlung am 12. Januar 1919 größere Konflikte noch zu verhindern.²² Aus der Wahl ging die USPD als Verfechter der Räterepublik mit unter 3% Stimmenanteil jedoch als klarer Verlierer heraus.²³ Eisners Rücktritt war nun zwingend, jedoch wurde er auf dem Weg zur ersten Sitzung des neuen Landtags am 21. Februar von einem völkisch-nationalistischen Studenten erschossen.

Der Mord war Ausgangspunkt der zweiten, radikaleren Phase der Revolution: Noch am selben Tag starben zwei weitere Menschen bei Tumulten im Landtag, die USPD rief zum Generalstreik auf, der Rätekongress vertagte den konstituierenden Landtag und bildete einen Zentralrat als provisorische Regierung. Die Auseinandersetzung zwischen Landtag und Räten eskalierte zusehends. Nach langen Verhandlungen zwischen Parteien und Räten konnte der Landtag am 17. März zusammenkommen und wählte eine Minderheitsregierung aus SPD, USPD, Bayerischem Bauernbund und einem Parteilosen unter Führung von Johannes Hoffmann. Auch der neuen Regierung gelang es jedoch nicht, die Lage zu beruhigen und faktisch existierte in Bayern eine Doppelherrschaft von Räten und Regierung/Parlament. Vor allem im rätendemokratisch dominierten München war die Regierung machtlos.²⁴

Ab dem 03. April verschärfte sich die politische Situation zusehends: In Augsburg forderte der dortige Arbeiter- und Soldatenrat auf einer Versammlung die Ausrufung der Räterepublik und organisierte am Folgetag einen Generalstreik. Zeitgleich spitzte sich der Konflikt zwischen Parlament und Räten im Streit um eine für den 08. Mai geplante Parlamentseinberufung zu und die Befürworter eines Rätensmodells drängten auf eine Entscheidung.²⁵ In der Nacht vom 06. auf den 07. April traten schließlich Mitglieder des Zentralrats, des Münchner Revolutionären Arbeiterrats und der USPD in München zusammen und riefen die „Räterepublik Baiern“ aus. In den folgenden Tagen schlossen sich

²¹ Vgl. Schulze Wessel 2005, 373f.

²² Vgl. Geyer, 1998, 58.

²³ Vgl. Niess 2017, 375.

²⁴ Vgl. ebd., 378 und Geyer 1998, 58 u. 80f.

²⁵ Vgl. Seligmann 1989 (Band 1), 115–134.

alle großen Städte (außer Nürnberg und Fürth) sowie weitere kleinere Städte und Gemeinden der Räterepublik an; die Zentren der neuen Republik bildeten München, Augsburg und Rosenheim. Neben einem wirtschaftlichen Boykott forderte die Reichsregierung zur Not auch ein militärisches Vorgehen. Die nach Bamberg ausgewichene Regierung Hoffmann zögerte zunächst, die Ordnung zusammen mit Reichswehr und Freikorps wiederherzustellen, wie es in den Monaten zuvor bei anderen Auseinandersetzungen mit linken Gruppen geschehen war. Stattdessen versuchte sie am 13. April, mit Hilfe der in München stationierten Republikanischen Schutztruppe die Räterepublik niederzuschlagen. Dieser sog. Palmsonntagsputsch wurde jedoch von der sich bereits rekrutierenden „Roten Armee“ abgewehrt.²⁶ Noch während der Kämpfe übernahm die Kommunistische Partei die Führung, proklamierte zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage eine Bayerische Räterepublik und erließ sofort Maßnahmen, um die Ziele der neuen „richtigen“ Räterepublik umzusetzen, darunter der weitere zügige Aufbau der Roten Armee.²⁷

Nach dem gescheiterten Versuch, die Räterepublik selbst niederzuschlagen, bat Hoffmanns Regierung die Reichsregierung doch um Unterstützung. Reichswehrminister Gustav Noske stellte daraufhin ein „Oberkommando der Reichsaktion gegen München“ auf und mobilisierte ca. 35.000 Soldaten – vornehmlich Freikorps-Einheiten – gegen Bayern. Unter General Ernst von Oven begannen die Truppen, nach und nach im ganzen bayerischen Land vorzurücken und eine Stadt nach der anderen zurückzuerobern. Dabei gingen sie äußerst energisch und brutal vor, was sich in Folge des sog. Geismords im Luitpold-Gymnasium noch einmal verschärfte: Dort wurden am 30. April zehn Gefangene als angebliche Konterrevolutionäre durch die Rote Armee erschossen. Für die Regierungstruppen war dieser Vorfall eine willkommene Legitimation für noch rücksichtsloseres Vorgehen ihrerseits.²⁸ Ab dem 01. Mai begann schließlich der Einmarsch in München, der das endgültige Ende des bayerischen Räteexperiments einläutete. Die teils heftigen Kämpfe, bei denen zahlreiche – auch unbeteiligte – Menschen ihr Leben verloren, zogen sich bis zum 03. Mai; noch bis zum 08. Mai wurden in der bayerische Hauptstadt willkürlich (angebliche) Revolutionäre verfolgt und hingerichtet oder in den Folgemonaten in Hochverratsprozessen abgeurteilt.²⁹

²⁶ Vgl. Niess 2017, 379f.

²⁷ Vgl. Geyer 1998, 86.

²⁸ Vgl. Niess 2017, 381.

²⁹ Vgl. Hillmayr 1974, 73–75 u. 117f.

Sprachgebrauch in der Berichterstattung über die Münchner Räterepublik

Ausrufung der ersten Räterepublik

Die Unübersichtlichkeit der Lage, die Uneinigkeit innerhalb der politischen Linken und die Dynamik der Ereignisse rund um den 06./07. April spiegelt sich auch in der Berichterstattung der Vossischen Zeitung wider. So war noch am Morgen des 07. April nichts von der tatsächlichen Proklamation zu lesen. Im Gegenteil wurde vor allem darüber berichtet, dass eine mögliche Ausrufung in Franken keine Chance habe und selbst in München nicht mehr unmittelbar bevorstehe.³⁰ Besonders die Uneinigkeit der linken Parteien wird dabei thematisiert: Die Zeitung greift explizit deren Parole von der „Einigung aller sozialistischen Gruppen“ auf und attestiert ihr, ein „inhaltloses Scheinmanöver“ zu sein.³¹ Außerdem wird das bekannte Bild „von den russischen Verhältnissen“ aktiviert, in dem die KPD und ihre Ziele mit dem Schlagwort des „russischen Sowjetismus“ belegt werden, der mit Lust auf Kampf und Machtgier weiter beschrieben wird.³²

Darüber hinaus wird die bayerische Hauptstadt als Zentrum der Rätebefürworter hervorgehoben: Demnach sorgte eine „Münchner Strömung“³³ für die Dynamik der Lage. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang trotz der allgemeinen Unübersichtlichkeit und Dynamik betont, es handele sich um ein lokales Phänomen. Besonders gegenüber dem Zentrum – gegen die „Münchner Köpfe“³⁴ – äußert sich eine ablehnende Haltung. Die Ausführungen eines Abgesandten über die innen- und außenpolitischen Wirkungen, wonach sich eingeklemt zwischen Bayern und Ungarn auch Österreich für das Räteresystem entscheiden müsse und dann letztlich auch Preußen (gemeint ist damit das gesamte Deutsche Reich), werden als „unsinnige Gedanken“³⁵ abgetan. Dies zeigt zweierlei: Zum einen wurde die bayerische Rätebewegung von Seiten des bürgerlichen Lagers zwar durchaus ernst genommen, ihr Potential, die politische Landschaft ausgehend von München nachhaltig umzustürzen, bis zu diesem Zeitpunkt jedoch eher belächelt. Zum anderen zeigen die Gedankenspiele des Abgesandten jedoch auch, dass die Ausrufung einer Räterepublik in Ungarn am 21. März³⁶ die entsprechenden Akteure in Bayern weiter bestärkte, zur Tat zu schreiten, und die schon vorhandene Konfliktsituation weiter verschärfte.

Wie schnell sich die Ereignisse rund um den 07. April zuspitzten, verdeutlicht die Abendausgabe, die von der Berichterstattung über die Proklamation der Bayerischen Räterepublik dominiert wurde. Auch hier wird vor allem die Hauptstadt des Freistaates als

³⁰ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 178), 1.

³¹ Ebd.

³² Vgl. ebd.

³³ Ebd.

³⁴ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 178), 4.

³⁵ Ebd.

³⁶ Zur ungarischen Räterepublik siehe Schulze Wessel 2005, 371–384.

Zentrum negativ akzentuiert: So ist abfällig die Rede von „Münchner Prinzipien“ und einem „Münchner Landstreich“.³⁷ Der Topos vom lokalen Phänomen wurde zunächst einmal weiterhin aufrechterhalten und der Minderheitencharakter der Bewegung herausgestellt.

Allerdings finden sich hier bereits Warnungen vor weitreichenden Folgen und der Gefahr, dass sich der Aufstand weiter ausbreiten könne. Die Sicherheit und die Einheit des gesamten Reiches hängen demnach an den Entwicklungen in Bayern. Verbunden damit ist unter den Fahnenwörtern „politischer und wirtschaftlicher Aufschwung“ der Appell an die Politik und Entscheidungsträger, sich entschieden gegen die Spaltung der Gesellschaft zu stellen, wozu ein erster Schritt die Demokratisierung von Arbeitgeber- und nehmerverhältnissen wäre, um durch ökonomische Einigung auch zu politischer Einheit zu gelangen.³⁸ Demgegenüber wird als Stigmavokabel das Schlagwort des „Bolschewismus“ gesetzt, der bei einer weiteren Ausbreitung Politik und Wirtschaft in den Ruin treiben würde.³⁹

Deutlich wird hier, dass die Ereignisse als lokales Phänomen charakterisiert wurden, auch, um der neuen Räteregierung die Legitimation abzusprechen. Entsprechend wird unterschieden zwischen der bayerischen Räterepublik und der „demokratischen Republik Bayern“.⁴⁰ Ausgehend von dieser Zuweisung bzw. Ablehnung der Legitimation der beiden Regierungen gestalten sich Berichte über Orte, die sich der Räterepublik nicht anschließen deutlich umfangreicher, als solche über Orte, die sich der Räterepublik anschließen.⁴¹ Die Berichterstattung unterstreicht, dass „im ganzen Land [...] die Stimmung gegen München ist.“⁴² Der Topos vom lokalen Phänomen wurde allerdings gleichzeitig angeschlossen an eine Argumentation, die vor einem Ausgreifen des Aufstandes warnt. Die bis dato geografisch begrenzten Ereignisse sollten nicht unterschätzt werden und wurden als ernst zunehmende Bedrohung für die Sicherheit und Ordnung markiert. Die Berichterstattung über die Proklamation der Räterepublik war also gekennzeichnet durch eine Strategie der Delegitimation der Aufständischen und den Appell, schnellstmöglich die Ordnung wiederherzustellen.

Im Vergleich mit der Vossischen Zeitung war die Berichterstattung des Rosenheimer Anzeigers wesentlich weniger eindeutig in ihrer Bewertung der Proklamation. Das erste Mal nach der Ausrufung der Räterepublik in weiten Teilen Bayerns erschien das Blatt wieder am 09. April und stand dabei unter Zensur des Arbeiter- und Soldatenrates Rosenheim. Man kann an dieser Stelle bereits die Vermutung festhalten, dass die Zensur ein Grund für die zurückhaltenden Urteile über die Ereignisse war.

³⁷ A.R. 1919, 1.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 180), 4 und Vossische Zeitung 1919 (Nr.181), 1.

⁴² Vossische Zeitung 1919 (Nr. 179), 1.

Das Zentrale Schlagwort für die Ereignisse der vergangenen Tage ist die Bezeichnung als „dritte Revolution“.⁴³ Damit verbunden war der Anspruch, die Revolution sei nun zu ihrem Ziel gekommen: Nach dem Sturz der Monarchie in der ersten Revolution am 08. November 1918 und dem faktischen Übergang der Macht auf die Räte in Folge der Ermordung Eisners (zweite Revolution) habe sich nun endlich das Rätemodell durchgesetzt, um die sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Die Redaktion bedient sich hier einem weniger ideologisch aufgeladenen Schlagwort als die Räte selbst. Diese besetzen die Deutung über das neue System in einem ihrer im Rosenheimer Anzeiger erschienenen Propagandaartikel mit ihrem wohl zentralsten Schlagwort „Proletariat“ und dem dazugehörigen Fahnenwort „Diktatur des Proletariats“.⁴⁴ Dieses Schlagwort findet sich dann auch in der Ankündigung des „Marsch[es] des Proletariats nach dem gelobten Lande“ und dem Ausruf „*Die wir von Gottes Zorne sind, das Proletariat!*“.⁴⁵ Hier schlägt sich ein pathetisch-religiöser Duktus nieder, der den gesamten Artikel durchzieht: Die Räterepublik wird beschrieben, als sei sie das Paradies. Entsprechend werden der Sozialismus als „Stufe zum Tempel der Erkenntnis“ und der „Parlamentarismus des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalter“⁴⁶ antithetisch gegenübergestellt. Dabei werden dem Sozialismus Attribute wie Menschlichkeit, Wahrheit und Gerechtigkeit zugeschrieben und dem Kapitalismus solche wie Blut, Knechtschaft und Egoismus.⁴⁷ Die Intention des Artikels lag in der Darstellung der Räterepublik als das bessere der Systeme: Die neu geschaffene und weiter zu festigende Ordnung war in den Augen ihrer Befürworter der Aufbruch in eine neue, bessere Zeit.

Der von der Redaktion des Rosenheimer Anzeigers verantwortete und explizit markierte Teil⁴⁸ gestaltete sich in seiner Wertung der politischen Ereignisse weniger euphorisch. Hier kann man festhalten, dass die Berichterstattung die Bayerische Räterepublik, trotz oberflächlicher Unterstützung, auch mehr oder weniger subtile Kritik abbildete.

So überwiegen beispielsweise die Artikel, die von Regionen berichten, die sich der Räterepublik angeschlossen haben. Es wird berichtet, dass u.a. Dessau, Regensburg, Fürth, Ansbach, Würzburg sowie das Grenzschutzkommando Süd der neuen Regierung folgen.⁴⁹ Die Berichterstattung erfolgt hier nach demselben Muster wie in der Vossischen Zeitung – die Regionen unter Einfluss der einen Regierung werden gegenüber denen der anderen betont –, jedoch mit dem entgegengesetzten Eindruck: Die Rätebewegung scheint sich unaufhaltsam im ganzen Land auszubreiten. Hier lässt sich ein semantischer Kampf zweier Topoi ausmachen: Auf der einen Seite wurde versucht, die Ereignisse als lokales Phänomen hinzustellen. Damit konkurrierte die Darstellung von der sich ungehindert ausbreitenden

⁴³ Vgl. beispielsweise Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 1 und Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 2.

⁴⁴ Vgl. Erdmannsdorffer 1919.

⁴⁵ Ebd., Hervorhebung im Original.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 82), 1, Abschnitt „Freiheit oder Zwang?“.

⁴⁹ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 1.

Revolution. Wie im Fall der Vossischen Zeitung geht es in dieser Auseinandersetzung um die Deutungshoheit auch um die Frage nach der Legitimation der beiden Regierungen. Auch im Rosenheimer Anzeiger lassen sich entsprechende Strategien der Legitimation bzw. Delegitimation finden: Auffallend sind die Berichte über einige Maßnahmen der Räte, z.B. ein Wohnungsprogramm, die Aufstellung eigener Truppen, ein Bekenntnis zur Pressefreiheit und die Bekämpfung von Wucher, wodurch der Eindruck einer großen Aktivität vonseiten der Räte erweckt wird, um die Probleme des Landes anzugehen.⁵⁰ Demgegenüber wird die Regierung Hoffmann als „Gegenregierung“ titulierte.⁵¹ Allein dadurch ist die Legitimation der Hoffmann'schen Regierung bereits in Frage gestellt, was durch das Zitieren eines Kommentars von offizieller Seite noch verstärkt wird: Dort ist die Rede von „Noske-zustände[n]“⁵², eine Anspielung auf das Wirken von Reichwehrminister Noske, der in den Monaten zuvor im gesamten Deutschen Reich Aufstände linker Gruppen mit äußerster Brutalität niederschlug. Die Delegitimationsstrategie zielte also darauf ab, die eigentlich rechtmäßig gewählte Regierung zu diskreditieren, in dem man sie als Bedrohung für die Sicherheit jedes einzelnen und seines Lebens darstellte.

Auf der anderen Seite scheint in der Berichterstattung auch durchaus subtile Kritik an den Räten und ihren Aktivitäten durch. So wird auf die Verhaftung von 30 Personen im Verlauf des Umsturzes in Rosenheim hingewiesen und mit der Verhaftung von sieben Personen in der weit größeren Stadt Augsburg verglichen. Der Artikel kommentiert dies, dass „man hier wieder einmal päpstlicher zu sein [scheint] als der Papst.“⁵³ In einem Bericht über die Freilassung dieser Geiseln einige Tage später wird dann festgehalten, „die Stimme der Menschlichkeit hat also bei den hiesigen Revolutionären die Oberhand gewonnen.“⁵⁴ Interessant sind auch Ausführungen über Karl Marx' Sicht auf die Presse, der demnach die Zensur dieser ablehnte.⁵⁵ Dies kann man als Seitenhieb der Redakteure auf die Zensur der Räte auslegen, indem diesen vorgehalten wird, eine zu rigide Pressezensur stünde ihren eigenen ideologischen Hintergründen entgegen.

In eine ähnliche Richtung geht auch ein Artikel, der sich explizit mit dem zeitgenössischen Diskurs über die richtige Ordnung auseinandersetzt.⁵⁶ Er konstatiert, dass man mit einem weiten Repertoire an Schlagworten wie „Sozialismus“ oder „Vergesellschaftlichung“ wetteifere und dabei die gegnerischen Meinungen dämonisiere, während die eigene Seite zum Heilsversprechen stilisiert werde. Er plädiert für einen Mittelweg, in dem insbesondere

⁵⁰ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 1; Meyer (gez.) 1919, 2 und Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 82), 1.

⁵¹ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 82), 1 und die Titelschlagzeile ders. Ausgabe: Eine Gegenregierung Hoffmann? Festsetzung der Regierung Hoffmann und des Landtages in Bamberg? Maßnahmen und Verordnungen der Münchener Regierung.

⁵² Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 82), 1.

⁵³ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 2.

⁵⁴ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 82), 2.

⁵⁵ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 81), 4.

⁵⁶ Vgl. Kirchner 1919, 1.

kleine und mittlere Unternehmen nicht den Sozialisierungsmaßnahmen zum Opfer fallen, da man diesen „nicht die Schattenseiten des Kapitalismus vorwerfen kann.“⁵⁷ Eine allzu rücksichtslos sozialisierte Wirtschaft sei demnach „schablonenmäßig, bürokratisch, unwirtschaftlich.“⁵⁸

Trotz der Zensur war es also möglich, mehr oder weniger offen kritisch den als solchen empfundenen Aktionismus der Räte und mögliche negative Folgen, beispielsweise für die Wirtschaft, zu kommentieren. Dabei ist es kaum vorstellbar, dass die Zensoren dies übersehen haben. Vielmehr liegt es nahe, dass solche subtil geäußerten Bedenken zugelassen wurden, um die eigenen Beteuerungen zur Pressefreiheit nicht zu unterlaufen und so die eigene Legitimität zu schädigen. Das Hauptaugenmerk lag vor allem auf der Unterbindung besonders feindseliger Artikel, mit denen die bürgerliche Presse die Rätebewegung bereits in den Monaten vor der Räterepublik überzog.⁵⁹

Palmsonntagsputsch und Proklamation der zweiten Räterepublik

Wie bereits wenige Tage zuvor schlägt sich die schnelle und großenteils unübersichtliche Abfolge der Geschehnisse auch in der Berichterstattung rund um den Palmsonntagsputsch und die Proklamation der zweiten Räterepublik nieder. Die Vossische Zeitung berichtete in ihrer Morgenausgabe vom 14. April zunächst noch vom Sturz der Räteregierung. Dieser wird in erster Linie erfreut zur Kenntnis genommen, die Parteinahme für die Regierung Hoffmann bleibt weiterhin eindeutig. So attestiert ihr die Zeitung, sie habe in der Situation Energie bewiesen⁶⁰ und verfolgt damit weiter die Strategie, ihre Legitimität zu stützen, indem sie sie als handlungsfähig und durchgreifend darstellt. Die Handlungen der Regierung würden demzufolge „von allen nüchtern denkenden Menschen auf das freudigste begrüßt.“⁶¹ Gelobt wird hier ein vernünftiges und besonnenes Handeln in der Politik und darauf verwiesen, dass dies in der Bevölkerung Rückhalt finde. Das impliziert gleichzeitig eine Unvernunft der Räteanhänger. Entsprechend werden diese abwertend als „Kommunisten und Radikale“ und ihr Aufstand als „Narrenexperiment[...]"⁶² bezeichnet. Die Delegitimationsstrategie der anfänglichen Berichterstattung setzte sich also auch in dieser Phase der Räterepublik fort, indem diese als hoffnungsloser Versuch einiger Extremisten dargestellt wurde. Unterstrichen wird dies durch einen Bericht, nach dem die Räteregierung „in wahnsinniger Ueberstürzung ihre Dekrete“⁶³ erlassen habe. Die Räte seien demnach unorganisiert, planlos und ihr Unterfangen von vornherein aussichtslos. Das negative Bild wird in besagtem Bericht sogar noch verstärkt gezeichnet, wenn geschrieben

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Vgl. Seligmann 1989 (Band 1), 352.

⁶⁰ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 191), 1.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 191), 3.

wird, es seien sogar Frauen zu Allgemeingut erklärt worden und Eintritte in die Rote Garde würden vor allem geschehen, um plündern zu können.⁶⁴ Die Anhänger der Rätebewegung werden im Grunde als Wilde charakterisiert: Der Vorwurf, Frauen zu frei anzueignenden Objekten zu machen, erinnert dabei an Feindpropaganda aus dem Ersten Weltkrieg, in der Gegner als unzivilisierte Barbaren auf Frauenraubzug gezeichnet wurden. Die explizite und implizierte Thematisierung von sexuell deviantem Verhalten gehörte darüber hinaus auch in der Weimarer Republik zum typischen Propagandarepertoire, um den politischen Gegner zu diskreditieren.⁶⁵

Auf die anfänglichen Meldungen über das Ende der Räte folgten allerdings bereits in der Abendausgabe des selben Tages Nachrichten, die Räteherrschaft sei unter Umständen doch nicht gestürzt worden⁶⁶ und am nächsten Morgen die Gewissheit, dass die Macht in München weiterhin bei den Aufständischen liege.⁶⁷ An der Berichterstattung kann exemplarisch gezeigt werden, wie politische Schlagworte polysem verwendet werden, also von Akteuren mit gegensätzlichem Bedeutungsinhalt benutzt werden: So greift die Vossische Zeitung das Schlagwort des „Proletariats“ auf und schreibt von „Bewaffnung des Proletariats“⁶⁸ und „Herrschaft des Proletariats“⁶⁹ Während der Begriff des „Proletariats“ im linken politischen Spektrum positiv besetzt war, zielte man hier mit seiner Verwendung auf den Aufbau einer Drohkulisse ab. Eine solche Verwendung fügte sich nahtlos in den bis dahin bereits verwendeten Topos der Sicherheitsbedrohung ein.

Unterstrichen wird dies durch Veröffentlichungen von Stellungnahmen und Aufrufen der Regierung Hoffmann. Vor dem Hintergrund der bereits herausgearbeiteten Argumentationsmuster ist anzunehmen, dass die darin geäußerten Verlautbarungen auch in der Redaktion Zustimmung fanden, was ein Grund dafür sein dürfte, dass sie unkommentiert und unkritisch abgedruckt wurden. Insgesamt fügen sie sich in die bisherigen Argumentationstopoi ein und wirken verstärkend. In einem am 14. April gedruckten Aufruf heißt es etwa: „Unser Land ist in schwerster Gefahr. Eine kleine Schar nur auf Zerstörung bedachter *landfremder Phantasten* will unser hart geprüftes Volk in den gewaltigsten Bürgerkrieg stürzen.“⁷⁰ Weiter werden Kommunisten als Verbrecher und Blutvergießer gebrandmarkt.⁷¹ Hier wird wieder darauf verwiesen, dass es sich bei den Aufständischen lediglich um eine Minderheit handle: Die Aufständischen seien alle Fremde, eine Gefahr von außen, die es auf die Zerstörung Bayerns abgesehen habe und einen Bürgerkrieg heraufbeschwöre. Der Aufruf bedient sich einer typischen zeitgenössischen Erklärung für die revolutionären

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Vgl. Kessel 2016, 81–108.

⁶⁶ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 192), 1.

⁶⁷ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 193), 1.

⁶⁸ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 193), 3.

⁶⁹ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 195), 1.

⁷⁰ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 192), 4, Hervorhebung im Original.

⁷¹ Vgl. ebd.

Ereignisse, die vornehmlich Ausländern zugeschoben wurden, welche die schwierige Lage Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg für ihre eigene Gier nach Macht ausgenutzt hätten.⁷² Bestätigt sah man solche Deutungen auch in der Tatsache, dass einige der führenden Revolutionäre ausländischer Herkunft waren, wie z.B. Max Levien (Russland).⁷³ Ausdruck dieser Sichtweise ist auch die Ankündigung des bayerischen Verkehrsministers von Fraundorfer, man führe den Kampf vor allem „gegen die fremdländischen Elemente und die überspannten Literaten.“⁷⁴ Die Revolution sei demnach die „Folge der Agitation von einer Gruppe von ‚Entwurzelten‘, Intellektuellen, Sozialisten und Juden“⁷⁵ gewesen. Die Bewertung der Räterepublik war eindeutig: Bei ihren Vertretern handelte es sich aus bürgerlicher Sicht um eine gewalttätige Minderheit, die eine große Gefahr für die Sicherheit und Ordnung in Bayern und speziell München darstellte und deshalb rücksichtslos bekämpft werden musste. Dabei wurde die bis dahin schon gängige Argumentation weitergeführt und in Folge der erneuten Radikalisierung der Rätebewegung in München verschärft, indem die revolutionäre Minderheit als fremdländisch und jüdisch charakterisiert wurde und die Ereignisse als Angriff auf das bayerische Volk und seine Heimat gedeutet wurden.

Auch in Rosenheim kam es im Verlauf des 13. April zur Absetzung der Räte. Dies führte dazu, dass der Rosenheimer Anzeiger am 15. April ohne Zensur erscheinen konnte. Dabei bestätigt sich die Annahme, dass die oberflächlich relativ positive Berichterstattung über die Räterepublik vor allem aufgrund der Zensur zustande kam und die tatsächliche Sicht der Redaktion in erster Linie in der subtil geäußerten Kritik zutage trat. So betonen sie, dass sie in „den Fesseln der Zensur“⁷⁶ gefangen gewesen seien und nun aber „die Dinge wieder beim rechten Namen nennen“⁷⁷ könnten.

Dabei stimmt man der Charakterisierung der Revolutionäre in einer Bekanntmachung der Garnison München zu, die wortgetreu abgedruckt ist.⁷⁸ Dort findet sich die bereits bekannte Argumentation über Ausländer, die hinterlistig ihre eigenen Ziele verfolgt und dabei das Proletariat betrogen hätten, um das man sich Sorge.⁷⁹ Interessanterweise wird hier mit „Proletariat“ ein Schlüsselwort verwendet, welches in erster Linie mit Kommunismus/Sozialismus assoziiert wird. Dies zeigt, wie derselbe Begriff in verschiedenen Lagern positiv konnotiert sein konnte und in semantischen Kämpfen um die Setzung des Bedeutungsinhaltes gerungen wurde, um Menschen für sich zu überzeugen.

Der Ausländer-Topos wird von der Redaktion auch in ihrer eigenen Charakterisierung noch einmal explizit wiederholt.⁸⁰ Solche Mitglieder der Räteregierung, die aus Bayern

⁷² Vgl. Geyer 1998, 52f.

⁷³ Vgl. ebd., S. 82.

⁷⁴ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 194), 2.

⁷⁵ Geyer, 1998, S. 59.

⁷⁶ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 86), 1.

⁷⁷ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 86), 1.

⁷⁸ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 86), 1.

⁷⁹ Vgl. ebd.

⁸⁰ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 86), 1.

stammten, wurden auf andere Weise diskreditiert: So wird über Außenminister Dr. Lipp berichtet, er sei schon mehrfach im Irrenhaus gewesen und sei im Krieg (gemeint ist der Erste Weltkrieg) als Spion in Italien tätig gewesen.⁸¹ Er wird also als verrückt und nicht zu rechnungsfähig und zudem als hinterlistiger Verräter gebrandmarkt. Über Finanzminister Bell teilt man mit, er habe Äußerungen zur Theorie des Geldes getätigt, die von Experten umgehend als falsch bewiesen und belächelt wurden. Selbst Sozialisten sollen sich aufgrund seiner abstrusen Behauptungen abgewandt haben.⁸² Die Darstellung zielt klar darauf ab, ihm die Kompetenz abzusprechen. Insgesamt sei das Kabinett ein „trauriges Sammelsurium“⁸³ gewesen. Dies wird durch eine Antithese noch einmal hervorgehoben: Dem „Sammelsurium von den finstersten Gestalten“ wird ein „großes, vernünftiges und arbeitsames Volk“ gegenübergestellt.⁸⁴ Hier erscheint eine ähnliche Gegenüberstellung von Vernunft und Unvernunft wie in der Vossischen Zeitung.

Es zeigt sich, dass neben der Herkunft die geistige Gesundheit, die Kompetenz und die Loyalität wesentliche Kategorien der antikommunistischen/-sozialistischen Argumentation bildeten. Auch im Rosenheimer Anzeiger wurden die Ereignisse dabei als Angriff auf Bayern gedeutet, allerdings noch wesentlich deutlicher: Die Zeit der Räteherrschaft sei eine Zeit „von maßlosem Terrorismus, himmelschreiender Ungerechtigkeit und zerfleischender Klassenherrschaft“⁸⁵ gewesen. Die Stigmavokabeln „Terrorismus“, „Ungerechtigkeit“ und „Klassenherrschaft“ und ihre Verstärkung durch die Adjektive „himmelschreiend“ und „zerfleischende“ betonen die angebliche Willkür und Grausamkeit und nehmen Anschluss an der bereits bekannten Argumentation, die Räterepublik wäre eine Herrschaft weniger über eine Mehrheit gewesen und stellen diese eindeutig als Schreckensherrschaft dar.

Grundsätzlich lässt sich bis hierhin dasselbe Argumentationsmuster wie in der Vossischen Zeitung feststellen: Das Ende der Räteherrschaft wurde mit Freude begrüßt und das bayerische Volk als unschuldigem Opfer einer hinterhältigen Minderheit gegenübergestellt. Dabei war auch hier der Topos von den „Landfremden“, die in Bayern wüteten, zentral. Offensichtlich war dieses Motiv in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet und Konsens bei der Deutung der Ereignisse. Dennoch gestalteten sich die Angriffe auf die Rätebewegung im Rosenheimer Anzeiger noch ein wenig radikaler als in der Vossischen Zeitung: Der Topos der „Landfremden“ wurde ergänzt durch persönliche Angriffe auf einzelne Vertreter der Räteregierung, wie etwa die Thematisierung und Herabwürdigung deren geistiger Gesundheit, Loyalität (und damit Ehre) oder fachlicher Kompetenz. Der Grund dürfte in der unterschiedlichen Distanz liegen: Während die Vossische Zeitung vom fernen Berlin aus die Räterepublik als außenstehende Beobachterin wahrnahm und deutete, war Rosenheim als eines der Zentren der Bewegung und damit der Rosenheimer Anzeiger direkt betroffen und

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

bekam die Auswirkungen der Räteherrschaft unmittelbar zu spüren, etwa durch die Preszensur und der damit einhergehenden Beschränkungen und Vorgaben in der Berichterstattung. Entsprechend ausgeprägter gestaltete sich die Polemik und Hetze nach dem Wegfall der Zensur und die Ausgabe vom 15. April wurde zu einer Art Abrechnung mit den Aufständischen.

Wie in München war die Absetzung der Räte auch in Rosenheim letztlich nicht erfolgreich und der Rosenheimer Anzeiger erschien ab dem 17. April wieder zensiert.

Den Großteil der Berichterstattung nehmen Bekanntmachungen und Berichte der Machthaber und Propagandaartikel ein. Subtile Kritik ist ab dieser Ausgabe nicht mehr zu finden. Angesichts des scharfen Tons der vorangegangenen Ausgabe und der unruhigen Lage scheinen die Presserestriktionen nochmals verschärft worden zu sein, um selbst jegliche Andeutung von Kritik zu unterbinden, welche die Öffentlichkeit aufbringen könnte. Dazu passt, dass ganz offen ein hartes Vorgehen angekündigt wird: „Wir werden der diktatorischen Maßnahmen nicht entbehren können.“⁸⁶ Dazu werde der Belagerungszustand verhängt⁸⁷ und bei Missachtung mit Strafen bis hin zur Todesstrafe reagiert.⁸⁸ Die strikten Maßnahmen seien nötig, um die Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen. Das zentrale Schlagwort zur Legitimation des außerordentlichen Vorgehens ist der Bürgerkrieg; so werden das „Gespenst des Bürgerkriegs“⁸⁹ und die „blutigen Schatten des Bürgerkriegs“⁹⁰ heraufbeschworen. Der Ernst der Lage wird dabei unterstrichen durch Berichte, die Kämpfe in München seien nicht bloß kleine, unbedeutende Auseinandersetzungen, sondern „*Sturmangriffe unter Verwendung von Artillerie und Minenwerfern*.“⁹¹

Hier ist ein typisches Muster für den Versicherheitlichungsdiskurs sichtbar: Die Berichterstattung beschwor eine große Gefahr in Form eines Bürgerkrieges, der mit dem Putsch vom Palmsonntag drohte bzw. stellenweise bereits begonnen hätte. Die Abwendung dieses Schreckensszenario wurde dann als Rechtfertigung für einen Ausnahmezustand und einem restriktiven und strengen Vorgehen genutzt. Dies zeigt, dass in dem Diskurs dieselben Argumentationsstrategien von verschiedenen Seiten Verwendung fanden. Auch in der Vossischen Zeitung lässt sich die Verwendung dieses Musters nachweisen. Die argumentative Struktur der Berichte war in beiden Fällen dieselbe, wenngleich in der Rosenheimer Zeitung unter Einfluss der Räte die Zuweisung von „Gut und Böse“ natürlich anders gelagert war.

Die „gute Seite“ ist im Rosenheimer Anzeiger deutlich mit dem Fahnenwort des „Proletariats“ gekennzeichnet. Nach der erfolgreichen Machtverteidigung gehöre „dem

⁸⁶ Erdmannsdorffer 1919, 1.

⁸⁷ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 87), 2.

⁸⁸ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 87), 1, Abschnitte „Verordnung.“ und „An die Bevölkerung Rosenheims.“.

⁸⁹ Erdmannsdorffer 1919, 1.

⁹⁰ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 87), 1.

⁹¹ Ebd., Hervorhebung im Original.

kämpfenden Proletariat auch die Macht⁹² und die „[k]lare Diktatur des Proletariats“⁹³ wird verkündet. Die Räteregierung wird zur Verteidigerin des „Recht[s] der Proletarier“⁹⁴ stilisiert und an die Einigkeit des „arbeitenden bzw. werktätigen Volkes“⁹⁵ – beides Synonyme für „Proletariat“ – appelliert, um Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen. Ebenso klar umrissen ist der Konterpart dieser „guten Seite“, bei dem es sich um bürgerliche Kreise bzw. die bürgerliche Klasse handele.⁹⁶ Für Rosenheim hält man fest, „Rosenheimer Bürgersöhne und dumme ängstliche Geschäftsleute haben sich zu dem gemeinsamen Putsch hinreißen lassen.“⁹⁷ Die Charakterisierung der Gegner kulminiert in der Stigmavokabel „Kapitalismus“, welche alle anderen Bezeichnungen zusammenfassend repräsentiert. Diese Stigmatisierung findet auch Anwendung auf die Regierung Hoffmann – die ja eigentlich selbst dem sozialistischen Spektrum zugerechnet werden kann –, die in den Augen der Machthaber „Sozialverräter“ seien, da sie „versucht [haben], im Verein mit der Bourgeoisie und bezahlten Söldnern die Macht der Arbeiter zu stürzen.“⁹⁸

Bei der Einteilung von Freund und Feind herrschte also mehr als deutlich eine klassische Klassenrhetorik des linken politischen Lagers vor. Gut und Böse orientierten sich vor allem an der Konfliktlinie von Kapitalismus und Proletariat. Das vom Geld getriebene Bürger- und Unternehmertum wurde als Grund für die eskalierenden Ereignisse gesehen und die Räte und ihre Vertreter und Anhänger demgegenüber zum Garanten für Frieden und Sicherheit stilisiert. Die Regierung Hoffmann wurde als Verräterin ihrer eigenen Klasse diskreditiert, da sie sich mit der kapitalistischen Seite eingelassen hätte.

Geiselmord im Luitpold-Gymnasium und Einnahme Münchens durch Regierungstruppen

Die Berichterstattung über den Geiselmord im Luitpold-Gymnasium am 30. April und die Einnahme Münchens am 03. Mai wird im Folgenden gemeinsam untersucht. Dies liegt darin begründet, dass Berichte über den Geiselmord vor allem erst nach dem 03. Mai vorzufinden sind. Es ist davon auszugehen, dass beide Ereignisse in der Berichterstattung in einem Wechselverhältnis standen und eine getrennte Untersuchung zum einen zu Doppelungen führt und zum anderen den Diskurs nur unvollständig nachvollziehen würde. In der Vossischen Zeitung findet sich bereits vor der Einnahme Münchens eine Erwähnung des Vorfalls in der Schuleinrichtung, ohne diesen jedoch bestätigen oder Details darüber

⁹² Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 88), 1.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 87), 1, Abschnitt „An alle Proletarier Rosenheims und Umgebung.“

⁹⁵ Vgl. Erdmannsdorffer 1919, 1.

⁹⁶ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 88), 2, Abschnitt „An die gesamte Landbevölkerung.“

⁹⁷ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 87), 1, Abschnitt „An alle Proletarier Rosenheims und Umgebung.“

⁹⁸ Art. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 88), 1.

nennen zu können.⁹⁹ Im Rosenheimer Anzeiger wurde dagegen erst nach dem Ende der Räterepublik und damit der Zensur über die Ereignisse berichtet.

Führt man sich die bisherige Berichterstattung und die Bewertung von „Gut und Böse“ in der Vossischen Zeitung vor Augen, ist es wenig überraschend, dass die Einnahme Münchens und das Ende der Räterepublik äußerst wohlwollend aufgenommen wurde. Das Ende der Räteherrschaft wird als Befreiung wahrgenommen von der „Diktatur der Räte“¹⁰⁰ und „vierwöchiger Knebelung“.¹⁰¹ Dabei wird auch der Minderheiten-Topos beibehalten und betont, die Diktatur hätte mit der überwiegenden Mehrheit in großem Widerspruch gestanden und keinen Rückhalt gehabt.¹⁰² Aus der Tatsache, dass es dieser Minderheit über einen vergleichsweise langen Zeitraum gelang, die Macht auszuüben, zieht Julius Elban in seinem Artikel eine zentrale Schlussfolgerung: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sei eine starke und durchsetzungsfähige Exekutive nötig. Besonders brauche es eine schlagkräftige Armee, was ihn zur Forderung einer allgemeinen Wehrpflicht veranlasst.¹⁰³ Dies war insbesondere eine Aufforderung an die deutsche Delegation, die sich seit dem 29. April in Versailles zur abschließenden Verhandlung und Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages befand, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, um „die deutsche Freiheit nach innen und außen auf die Wehrkraft des freien deutschen Volkes zu gründen.“¹⁰⁴ Dem bisherigen Sicherheitsdiskurs wird damit eine neue Dimension hinzugefügt: Ging es bislang in der Berichterstattung vornehmlich um die Ordnung speziell in Bayern und generell im Deutschen Reich, so wird an dieser Stelle die internationale Ordnung mit einbezogen. Die Stabilität Deutschlands sei demzufolge ein entscheidender Faktor hinsichtlich einer internationalen – d.h. vor allem europäischen – Friedenssicherung. Hier zeigt sich eindrücklich, dass verschiedene Diskurse nicht notwendigerweise klar voneinander getrennt existieren, sondern sich vielmehr überschneiden und sogar verketteten und somit verstärken können. Die Argumentation für ein striktes Vorgehen gegen die Räterepublik und ein hartes Durchgreifen zur Wiederherstellung und Sicherung der politischen Stabilität bot offen Anknüpfungspunkte für den Diskurs rund um den Versailler Vertrag, von dessen Ausgestaltung letztlich auch die potenziellen Möglichkeiten der Ordnungssicherung – hier ganz konkret die Etablierung einer Wehrpflicht zur Festigung der Armee – abhing.¹⁰⁵

⁹⁹ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 221), 1.

¹⁰⁰ Elban 1919, 1.

¹⁰¹ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 224), 1.

¹⁰² Vgl. Elban 1919, 1.

¹⁰³ Vgl. ebd., 2.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Tatsächlich sollten der deutschen Delegation um Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau die bei ihrer Ankunft in Frankreich noch anhaltenden Kämpfe um München als Beweis für die labile Situation des Reiches dienen, um vor einer weiteren Verschärfung der Lage durch einen allzu harten Friedensvertrag zu warnen. Letztlich zerschlug sich dieses Argument, da die deutsche Delegation den Vertragsentwurf erst am 07. Mai und damit nach der endgültigen Niederschlagung der Räterepublik erhielt. Vgl. Platthaus 2018, 350f.

Wie sehr das entschiedene Durchgreifen bei der Sicherung der Ordnung im Anschluss an die Ruckerobung Münchens begrüßt wurde, zeigt sich nicht zuletzt in der Begriffswahl der „Säuberung“ in Bezug auf das Vorgehen gegen noch verbliebene Anhänger der Räte.¹⁰⁶ Die Bezeichnung von deren Verstecken als „Spartakistennester“¹⁰⁷ verstärkt diese sprachliche Herabsetzung in den Bereich von Schmutz oder Ungeziefer weiter. Insgesamt wird die negative Bewertung vor dem Hintergrund der Geislerschießungen im Luitpold-Gymnasium noch einmal um einiges deutlicher. So bestätigt die Vossische Zeitung die Meldung vom 02. Mai bereits einen Tag später und berichtet, dass die Geiseln „auf bestialische Weise hingemordet“¹⁰⁸ worden seien. Darüber hinaus seien die Leichen so verstümmelt worden, dass bislang nicht alle Opfer identifiziert werden konnten.¹⁰⁹ Der Vorfall wird dabei als „letzte Ausartung des Bürgerkriegs nach russischem Muster“¹¹⁰ bezeichnet und fügt sich damit in das Schreckensszenario vom „russischen Bolschewismus“ und den „russischen Verhältnissen“. Zwar folgt am 05. Mai die Klarstellung, die schweren Verletzungen am Kopf seien wohl eine Folge der Kopfschüsse und nicht von Verstümmelung¹¹¹, jedoch wird an gleicher Stelle ein Artikel der Frankfurter Zeitung wiedergegeben, der nach wie vor über brutale Verstümmelungen berichtet und dabei einige Details nennt. Demnach seien den Opfern Hände und Zungen abgeschnitten und die Augen ausgestochen worden.¹¹² Außerdem zeige eine noch nicht identifizierte Frauenleiche „Spuren ganz besonderer Marter“.¹¹³ Hier zeigt sich wieder die bereits an anderer Stelle beobachtete Thematisierung sexueller Übergriffigkeit bzw. Gewalt gegenüber Frauen. Galt diese schon allein als einer der schwersten nur denkbaren Vorwürfe zur Deskreditierung anderer, so entsteht durch die Kopplung mit dem Vorwurf der Leichenschändung ein Horrorszenario par excellence. Warum die Vossische Zeitung diesen Artikel abdruckte, obwohl sie selbst unmittelbar zuvor Verstümmelungen ausschloss, lässt sich an dieser Stelle nicht sicher sagen. Es mag die Vermutung nahe liegen, dass man ein Interesse daran hatte, die Anhänger der Rätebewegung weiterhin möglichst schlecht darzustellen, ohne dabei die eigene journalistische Glaubwürdigkeit zu beschädigen und deshalb auf die Wiedergabe des Artikels einer anderen Zeitung zurückgriff. Diese Interpretation ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da sie sich schwerlich abschließend beweisen lässt. Ganz sicher wird damit aber die Reichweite des Ereignisses und die Dynamik innerhalb des Diskurses deutlich: Im ganzen Reich lösten die Morde Entsetzen aus und ein Bericht darüber überflügelte den anderen in der Schilderung der Brutalität. Die Hinrichtungen im Luitpold-Gymnasium erschienen wie der letzte eindrucksvolle

¹⁰⁶ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 224), 1; Vossische Zeitung 1919 (Nr. 227), 3 und Vossische Zeitung 1919 (Nr. 231), 4.

¹⁰⁷ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 226), 3.

¹⁰⁸ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 222), 4.

¹⁰⁹ Vgl. ebd. und Vossische Zeitung 1919 (Nr. 224), 4.

¹¹⁰ Vossische Zeitung 1919 (Nr. 224), 4.

¹¹¹ Vgl. Vossische Zeitung 1919 (Nr. 225), 4.

¹¹² Vgl. ebd.

¹¹³ Ebd.

Beweis für den Wahrheitsgehalt sämtlicher antikommunistischer Gräuelpaganda und verstärkten diese wiederum weiter.

Die Berichterstattung im Rosenheimer Anzeiger nach der Niederschlagung der Räterepublik ist vor allem geprägt durch das Leitmotiv der „Dankbarkeit“. In diesem Sinne sind beispielsweise „Befreiung“ oder „Erlösung“ häufig auftretende Schlagworte bezüglich des Sieges über die Räterepublik.¹¹⁴ Ganz explizit ruft das Blatt zur „Ehrung der Befreier“¹¹⁵ auf und appelliert an die „Pflicht der Dankbarkeit“.¹¹⁶ Typisch dabei ist die Gegenüberstellung von Regierungstruppen und Räteanhängern als Helden und Schurken. Die regulären Truppen als „unerschrockene Männer des Vaterlandes“¹¹⁷ und „opfermutige[...] Männer“¹¹⁸ werden mit der Rätebewegung als „kleine[...] Gruppe maßloser, machthungriger Phantasten“¹¹⁹ kontrastiert, um so die eine Seite zu heroisieren und die andere abzuwerten. Wie zu sehen ist, findet hierbei auch wieder der Topos von der machtbesessenen Minderheit Verwendung, entsprechend taucht daran anknüpfend auch hier die Charakterisierung des bayerischen Volkes als Opfer auf. Kennzeichnend ist die Bezeichnung Bayerns als „unglückliche[s] Vaterlande“ und seiner Bevölkerung als „schwerbedrängten Nächsten“¹²⁰, die von großer Last gerettet werden mussten.¹²¹

Bereits an dieser Stelle lässt sich festhalten, dass sich die Berichte über das Ende der knapp vierwöchigen sozialistisch-kommunistischen Herrschaft im Rosenheimer Anzeiger wesentlich emotionaler gestalteten als in der Vossischen Zeitung. Es ist an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, dass hier die Nähe zum Geschehen einen wichtigen Faktor ausmachte: Als direkt Betroffene fiel das Urteil der Rosenheimer ungleich schärfer aus und die Erfahrungen der Entbehrung prägten die Berichterstattung. Nicht zuletzt spiegelten sich diese auch in der Thematisierung der Informationszensur wider, die als „eines der schärfsten aber auch verwerflichsten Kampfmittel“¹²² verurteilt wird. Wie zuvor bereits herausgearbeitet wurde, unterschieden sich die Berichte des Rosenheimer Anzeigers unter Zensur mehr als offenkundig von denen ohne Zensur.

Trotz des höheren Grades an Emotionalität zeigt der Rosenheimer Anzeiger grundsätzlich einige Parallelen zur Vossischen Zeitung. Die Anhänger werden auch hier sprachlich in den Bereich von Schmutz und Ungeziefer gerückt, etwa durch Begrifflichkeiten wie

¹¹⁴ Vgl. beispielsweise Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 99), 1; Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 99), 3 und Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 103), 2.

¹¹⁵ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 100), 1.

¹¹⁶ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1.

¹¹⁷ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 100), 1.

¹¹⁸ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1.

¹¹⁹ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 100), 1.

¹²⁰ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1.

¹²¹ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 100), 1.

¹²² Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 103), 1.

„Säuberung“¹²³, „(Spartakus)Nest“¹²⁴ oder „(regierungsfeindliche) Elemente“.¹²⁵ Damit wird implizit ein rigoroses Vorgehen und hartes Durchgreifen zur Wiederherstellung der Ordnung legitimiert, wie es sich im Diskurs der Versicherheitlichung bereits einige Male nachweisen ließ. Die dabei typische Thematisierung einer großen Gefahr für Ordnung und Sicherheit wird dabei über die Verwendung von Stigmavokabeln wie „gefährlicher Spartakist“¹²⁶, „roter Terror“ bzw. „Terroristen“¹²⁷ und „Gewalthaber“¹²⁸ erreicht, mit deren Hilfe die Willkür und Illegitimität der Räteherrschaft unterstrichen wird. Besondere Betonung erfährt diese Ablehnung der ehemaligen Machthaber darüber hinaus in der Berichterstattung über die „bestialische Ermordung“¹²⁹ der Geiseln im Luitpold-Gymnasium. Die Bilder aus München würden an „Bestialität und Brutalität“ nicht zu überbieten sein und werden auf eine Stufe gestellt mit „den bekannten russischen Schandtaten.“¹³⁰ Die Stigmatisierung durch den Hinweis auf Russland bildete auch hier einen zentralen Punkt der Abwertung und folgte der gängigen Argumentation, die Erschießungen seien stellvertretend für die „russischen Verhältnisse“, die in Bayern eingetreten seien. Auch der Umstand, dass man sich in dem Bericht auch auf Meldungen der Münchner Zeitung stützt, zeigt, welche Resonanz und Dynamik die Tat reichsweit auslöste. Sie wurde innerhalb des Diskurses zum nachdrücklichsten Beweis der angeblich beispiellosen Gewalt der kommunistischen Anhänger und damit zum nicht zu unterschätzenden Ausgangspunkt der Legitimierung von Verfolgung und Rache. Besonders die Unterstellung von Leichenverstümmelung und sexueller Gewalt – wie sie auch im Rosenheimer Anzeiger auftritt¹³¹ – trug maßgeblich zu einer solchen Dynamik bei, auch wenn sie wenig später richtiggestellt wurde.¹³² Das Bild von der „tierischen Rohheit und Bestialität im Charakter“¹³³ war nicht mehr aus dem Diskurs wegzudenken.

Dementsprechend stark werden auch die Schlagworte „Ruhe“ und „Ordnung“ betont. Die vergangenen Wochen hätten gezeigt, dass eine stabile und starke Exekutive nötig sei, um diese zu sichern. Demnach müsse jeder, der sein Land und Ordnung schätze, ein Interesse daran haben. Dabei wird, wie bereits an anderer Stelle, auf „Vernunft“ rekurriert, denn jedem müsse klar sein, dass nur so eine freie und sichere Gesellschaft Bestand haben könne.¹³⁴ Die Bedrohung durch die „rote Gefahr“ wurde in den Augen der Zeitgenossen durch die

¹²³ Vgl. beispielsweise Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1.

¹²⁴ Vgl. beispielsweise ebd.

¹²⁵ Vgl. beispielsweise Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 2, Abschnitt „Traunstein“ und Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 102), 2, Abschnitt „Miesbach“.

¹²⁶ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 100), 1.

¹²⁷ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1 und Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 103), 1.

¹²⁸ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 103), 1.

¹²⁹ Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 101), 1.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Vgl. ebd.

¹³² Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 102), 1.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Vgl. Rosenheimer Anzeiger 1919 (Nr. 103), 1.

Räterepublik einmal mehr unter Beweis gestellt und rechtfertigte somit alle scharfen Maßnahmen, um weitere Gefährdungen zu unterbinden und die Erfahrungen der letzten Wochen aufzuarbeiten.

Fazit

In der vorliegenden Studie wurde die Berichterstattung der Berliner Vossischen Zeitung und des Rosenheimer Anzeigers über die Münchner Räterepublik verglichen. Beide Blätter lassen sich genuin als bürgerlich-liberal einordnen, jedoch ergab sich für den Rosenheimer Anzeiger die Besonderheit, dass er während des Untersuchungsraumes zeitweise unter Zensur stand und damit für eine Berichterstattung im Sinne der Rätebewegung benutzt wurde. Dadurch konnte nicht nur die Berichterstattung innerhalb und außerhalb Bayerns, sondern besonders auch zwischen bürgerlich-liberaler und sozialistisch-kommunistischer Perspektive verglichen werden.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Wahrnehmung, Rezeption und Bewertung der Ereignisse im April und Mai 1919 vor allem in einem Diskurs der Sicherheit bzw. Versicherheitlichung vorgenommen wurden. Dabei wurden die Ereignisse unabhängig von der Distanz zum Geschehen oder der politisch-gesellschaftlichen Position als existenzielles Problem für Sicherheit und Ordnung markiert, welches mit allen Mitteln – und das meint insbesondere auch außerordentliche Mittel – beseitigt werden muss. Kennzeichnend hierfür waren Argumentationsstrategien, um die jeweils präferierte Seite und deren Vorgehen zu legitimieren und die jeweilige Gegenseite zu delegitimieren. Sprachlich äußerte sich dies in einer Gegenüberstellung von „Gut und Böse“. Dabei wurden sowohl relativ allgemeine als auch sehr spezifische Schlagwörter genutzt.

Auf der allgemeineren Ebene finden sich beispielsweise Fahnenwörter wie „Ruhe“, „Ordnung“, „Freiheit“ oder „Fortschritt“ und Stigmavokabeln wie „Gewalthaber“, „Willkür“, „Terrorist“ oder „Verräter“. Diese Begriffe mit dem Ziel der Aufwertung der einen und Abwertung der anderen Position finden sich sowohl in bürgerlicher/liberaler als auch sozialistischer/kommunistischer Berichterstattung. Jedoch konnten diese je nach Kontext durch Zusätze enger gefasst werden: So diente die Bezeichnung „roter Terror“ lediglich dem bürgerlichen Lager als Stigmavokabel, während die des „Sozialverrätters“ dem sozialistischen Kontext entsprang.

Darüber hinaus lassen sich spezifische sprachliche Mittel ausmachen, die jeweils einer Seite zuzuschreiben sind. So waren in der Berichterstattung der Vossischen Zeitung und des zensurfreien Rosenheimer Anzeigers vor allem drei Topoi zentral, die zudem beliebig miteinander verbunden wurden. Die Erklärung der revolutionären Ereignisse als Werk einer (I) Minderheit, als Werk von (II) Landfremden und das Motiv der (III) „russischen Verhältnisse“. An diese drei Haupttopoi konnten problemlos weitere Strategien zur Diskreditierung angeknüpft werden. Dazu zählten z.B. die Thematisierung geistiger

Gesundheit, politischer und wirtschaftlicher Kompetenz oder die Unterstellung sexueller Gewalt. Wie weit die Verwendung der einzelnen Motive ging, hing nicht zuletzt auch von der Distanz und damit der Betroffenheit von den Ereignissen ab. Die Angriffe auf die Rätebewegung fielen in den unzensierten Ausgaben des Rosenheimer Anzeigers wesentlich schärfer aus als in der Berliner Vossischen Zeitung.

Die Berichterstattung des Rosenheimer Anzeigers unter Zensur der Räte war demgegenüber von einer klaren Klassenrhetorik gekennzeichnet. „Kapitalismus“, „Unternehmertum“ oder „Bürgersöhne“ waren hier wichtige Stigmavokabeln. Wichtig war in diesem Kontext auch der Begriff der „Noskezustände“ als Synonym für Gewalt, Willkür und Bürgerkrieg. Weitaus zentraler war allerdings die Betonung der Fahnenwörter, welche vor allem „Proletariat“ und seine Variationen wie „kämpfendes Proletariat“, „Sieg des Proletariats“ oder „Diktatur des Proletariats“ waren. Diese wurden fortlaufend mit Menschlichkeit, Gerechtigkeit oder ähnlichem in Verbindung gebracht. Der Begriff des Proletariats ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, dass Bezeichnungen auch polysem verwendet werden konnten, also in ein und demselben Diskurs von unterschiedlichen Seiten mit in der Regel je eigenen Bedeutungsinhalten Verwendung fanden. Während der Begriff auf Seiten der Räte das wichtigste Fahnenwort darstellte, war er im liberal-bürgerlichen Milieu vorwiegend negativ konnotiert und hatte bedrohlichen Charakter.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass Diskurse über verschiedene Ereignisse unter Umständen auch ineinandergreifen und sich verstärken können. So bot der Diskurs über die Münchner Räterepublik Anknüpfungspunkte für den Diskurs um den Versailler Friedensvertrag, da sich beide in hohem Maße um „Ordnung“ drehten und eröffnete dadurch weitere Dimensionen in der jeweiligen Argumentation.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Beteiligten innerhalb des Diskurses bei ihrer Wahrnehmung, Rezeption und Bewertung der knapp vierwöchigen Münchner Räterepublik hinsichtlich der sprachlichen Ausgestaltung sowohl auf identische Strukturen und Argumentationsstrategien als auch auf je spezifische – von der politisch-gesellschaftlichen Position und der Distanz zu den Ereignissen abhängige – Motive und Topoi zurückgriffen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellenverzeichnis

Aufgeführt werden hier zunächst die Ausgaben und dann die Artikel, jeweils gesondert für die Vossische Zeitung und den Rosenheimer Anzeiger.

Ausgaben

Vossische Zeitung

Nr. 178, Morgenausgabe, 07.04.1919.

Nr. 179, Abendausgabe, 07.04.1919.

Nr. 180, Morgenausgabe, 08.04.1919.

Nr. 181, Abendausgabe, 08.04.1919.

Nr. 191, Morgenausgabe, 14.04.1919.

Nr. 192, Abendausgabe, 14.04.1919.

Nr. 193, Morgenausgabe, 15.04.1919.

Nr. 194., Abendausgabe, 15.04.1919.

Nr. 195, Morgenausgabe, 16.04.1919.

Nr. 198, Abendausgabe, 17.04.1919.

Nr. 221, Abendausgabe, 02.05.1919.

Nr. 222, Morgenausgabe, 03.05.1919.

Nr. 224, Sonntagsausgabe, 04.05.1919.

Nr. 227, Morgenausgabe, 06.05.1919.

Nr. 231, Morgenausgabe, 08.05.1919.

Abrufbar unter <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27112366/> [Stand: 02.11.2023].

Rosenheimer Anzeiger

Nr. 81, 09.04.1919.

Nr. 82, 10.04.1919.

Nr. 86, 15.04.1919.

Nr. 87, 17.04.1919.

Nr. 88, 18.04.1919.

Nr. 99, 03.05.1919.

Nr. 100, 04.05.1919.

Nr. 101, 06.05.1919.

Nr. 102, 07.05.1919.

Nr. 103, 08.05.1919.

Abrufbar unter <https://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/zeitungen-rosenheim#anzeiger> [Stand: 02.11.2023].

Artikel

- „Angebliche Erschießung von Geiseln. Drahtmeldung.“ Vossische Zeitung Nr. 221, 02.05.1919.
- A.R. „Zusammenfassung der Kräfte.“ Vossische Zeitung Nr. 179, 07.04.1919.
- „Der Befehl zum Geiselmord. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 231, 08.05.1919.
- „Der Wirrwarr in München. Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.“ Vossische Zeitung Nr. 193, 15.04.1919.
- „Die bayerische Regierung in Bamberg. Drahtmeldungen.“ Vossische Zeitung Nr. 181, 08.04.1919.
- „Die Befreiung Münchens. Drahtmeldungen.“, Vossische Zeitung Nr. 224, 04.05.1919.
- „Die Beruhigung Münchens. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 226, 05.05.1919.
- „Die bisherige Regierung gegen München. Isolierung der Hauptstadt vom übrigen Bayern.“ Vossische Zeitung Nr. 179, 07.04.1919.
- „Die Ermordung der Münchner Geiseln. Die Bluttat der Kommunisten. Drahtmeldungen der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 225, 05.05.1919.
- „Die Erschießung der Münchner Geiseln. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 224, 04.05.1919.
- „Die letzten Taten der Münchener Kommune.“ Vossische Zeitung Nr. 191, 14.04.1919.
- „Die Münchener Kommunistenherrschaft. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 195, 16.04.1919.
- „Die Verhaftung der Kommunistenführer. Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.“ Vossische Zeitung Nr. 191, 14.04.1919.
- „Ein Aufruf der Regierung Hoffmann. Drahtmeldung.“ Vossischer Zeitung Nr. 192, 14.04.1919.
- Elban, Julius. „Die Befreiung Münchens. Vier Wochen Rätediktatur.“ Vossische Zeitung Nr. 222, 03.05.1919.
- „Franken für die Regierung.“ Vossische Zeitung Nr. 180, 08.04.1919.
- „Keine Entscheidung in München. Drahtmeldung unseres Münchener Büros.“ Vossische Zeitung Nr. 178, 07.04.1919.
- „Heftige Straßenkämpfe in München. Drahtmeldung.“ Vossische Zeitung Nr. 222, 03.05.1919.
- „Minister Fraundorfer über die Vorgänge in München. Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.“ Vossische Zeitung Nr. 194, 15.04.1919.
- „München wieder in den Händen der Kommunisten.“ Vossische Zeitung Nr. 193, 15.04.1919.
- „Nürnberg für die Regierung. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 178, 07.04.1919.

- „Ruhe in München. Drahtmeldung der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 227, 06.05.1919.
- „Straßenkämpfe in München. Drahtmeldungen der ‚Vossischen Zeitung‘.“ Vossische Zeitung Nr. 192, 14.04.1919.
- „Aufruf an die Gesamtbevölkerung Rosenheims!“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 100, 04.05.1919.
- „Aufruf! Mitbürger, Männer und Frauen Rosenheims!“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 101, 05.05.1919.
- „Aus der Nachbarschaft.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 99, 03.05.1919.
- „Aus der Nachbarschaft.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 101, 05.05.1919.
- „Aus der Nachbarschaft.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 102, 07.05.1919.
- „Dank der Stadt Rosenheim an ihre Befreier.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 103, 08.05.1919.
- „Der vierte Umsturz in Bayern.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 86, 15.04.1919.
- „Die Befreiung Münchens.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 101, 05.05.1919.
- „Die Befreiung Rosenheims.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 99, 03.05.1919.
- „Bildung der bayerischen Reichswehr.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 103, 08.05.1919.
- „Die bisherige Tätigkeit der bayerischen Regierung.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 103, 08.05.1919.
- „Die dritte Revolution in Bayern.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 81, 09.04.1919.
- „Die dritte Revolution in Bayern.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 82, 10.04.1919.
- „Die dritte Revolution in Rosenheim.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 81, 09.04.1919.
- „Die Ereignisse in München.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 100, 04.05.1919.
- „Die Ermordung der Geiseln. Polizeibericht.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 102, 07.05.1919.
- „Die Lage im übrigen Bayern.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 81, 09.04.1919.
- „Die Lage in München.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 87, 17.04.1919.
- „Die Lage in Rosenheim.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 87, 17.04.1919.
- „Die Lage in Rosenheim.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 88, 18.04.1919.
- „Die 4. Revolution in Rosenheim.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 86, 15.04.1919.
- „Sitzung des revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates Rosenheim am 15. April 1919.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 87, 17.04.1919.
- „Eine Gegenregierung?“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 82, 10.04.1919
- Erdmannsdorffer, Friedrich. „Die Diktatur des Proletariats.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 82, 10.04.1919.
- Erdmannsdorffer, Friedrich. „Die Stunde der Gefahr. (Ein Wort zur Einigung).“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 87, 17.04.1919.
- „Karl Marx über Pressefreiheit.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 81, 09.04.1919.
- Kirchner, Paul. „Freiheit oder Zwang?“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 82, 10.04.1919.
- „Leute.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 86, 15.04.1919.
- „Lokalnachrichten. Die Lage in Rosenheim.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 82, 10.04.1919.

- Meyer, Hans (gez.). „Bekanntmachung ‚Preisabbau‘.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 81, 09.04.1919.
 „Mitteilungen der Räterepublik.“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 88, 18.04.1919.
 „Was uns für Leute regiert haben!“ Rosenheimer Anzeiger Nr. 86, 15.04.1919.

Literaturverzeichnis

- Asmus, Burkhard. Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923. Berlin u.a.: De Gruyter, 1994.
- Bayerische Landesbibliothek. „Rosenheimer Zeitungen 1833–1925.“ *Bayerische Landesbibliothek Online. Das Portal zur Geschichte und Kultur des Freistaats*. Zuletzt aktualisiert am 04.02.2013. <https://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/zeitungen-rosenheim#anzeiger> [Stand: 02.11.2023].
- Bernhard, Georg 1918. „Demokratie.“ *Vossische Zeitung*, 13.11.1918.
- Buzan, Barry, Ole Wæver und Jaap de Wilde. *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder u.a.: Lynne Rienner Publishers, 1998.
- Doering-Manteuffel, Anselm. Konturen von Ordnung. Ideengeschichtliche Zugänge zum 20. Jahrhundert. Berlin u.a.: De Gruyter, 2019.
- Dussel, Konrad. Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin: LIT Verlag, 2011.
- Eitz, Thorsten. „Zum Konzept einer Sprachgeschichte der Weimarer Republik.“ *Aptum, Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 5, 1 (2009): 3–19.
- Eitz, Thorsten und Isabelle Engelhardt. *Diskursgeschichte der Weimarer Republik* (2 Bände). Hildesheim u.a.: Georg Olms Verlag, 2015.
- Fulda, Bernhard. „Die Politik der ‚Unpolitischen‘. Boulevard- und Massenpresse in den zwanziger und dreißiger Jahren.“ In *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Franz Bösch und Norbert Frei, 48–72. Göttingen: Wallstein Verlag, 2006.
- Gerwarth, Robert. Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit. München: Siedler, 2018.
- Geyer, Martin H. Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914–1924. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1998.
- Hardtwig, Wolfgang. Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933. München: R. Oldenbourg Verlag, 2007.
- Hillmayr, Heinrich. Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. München: Nusser Verlag, 1974.
- Jones, Mark. Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin: Propyläen Verlag, 2017.

- Kessel, Martina. „Demokratie als *Grenzverletzung*. Geschlecht als symbolisches System in der Weimarer Republik.“ In *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, hrsg. von Gabriele Metzler und Dirk Schumann, 81–108. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 2016.
- Mergel, Thomas. „Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0.“ *Docupedia-Zeitgeschichte*. 22.10.2012. https://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel [Stand: 05.11.2023].
- Niess, Wolfgang. *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*. Berlin u.a.: Europa Verlag, 2017.
- Platthaus, Andreas. *Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19*. Berlin: Rowohlt Verlag, 2018.
- Seligmann, Michael. *Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919* (2 Bände). Grafenau-Doeffingen: Trotzdem-Verlag, 1989.
- Schuberth, Angela. „Der Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ vor dem Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Begriffsgebrauchs in der Vossischen Zeitung zwischen 1918 und 1933.“ In *Konsens und Konflikt. Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik*, hrsg. von Sebastian Elsbach, Ronny Noak und Andreas Braune, 153–170. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2019.
- Schulze Wessel, Martin. „Avantgarde der Weltrevolution? Die Räterepubliken in München und Budapest.“ In *Bayern mitten in Europa. Vom Frühmittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, hrsg. von Alois Schmid und Katharina Weigand, 372–384. München: Verlag C.H. Beck, 2005.
- Spitzmüller, Jürgen, und Ingo H. Warneke. *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*, Berlin u.a.: De Gruyter, 2011.
- Stötzel, Georg. *Schulbezogene Sprachwissenschaft*. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, 1982.
- Wengeler, Martin, Hrsg. *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte*. Hildesheim u.a.: Georg Olms Verlag, 2005.